

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Wächters Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

220

Neuenbürg, Dienstag den 21. September 1920

78. Jahrgang

Deutschland.

München, 20. Sept. Wegen der Aufhebung der Zwangsbeschäftigung des Zeitungspapiers hat sich in München die neue Abteilung des Betriebs der Wirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe ausgesprochen. Es wird betont, daß die Aufhebung im jetzigen Zeitpunkt dahin führen würde, daß die größeren kapitalstärkigen Zeitungen in der Lage wären, die gesamte Papiererzeugung an sich zu ziehen, wodurch die mittleren und kleinen Blätter zum Erliegen gebracht werden müßten. Der Landesvorstand der bayerischen Unabhängigen hat die Kostenerhöhungen abgelehnt.

Warnung vor der Auswanderung nach Rußland.

Stuttgart, 17. Sept. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten gibt folgendes bekannt: Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp in Berlin bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unbenannte Personen ausgebreiteten Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in nächster Zeit nach Rußland abreisen können, wird hierdurch bekanntgegeben, daß Transporte von Auswanderern, ebenso wie einzelne Personen, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowjetregierung und ohne die erforderlichen Passformalitäten erfüllt zu haben, die Abreise aus Deutschland unternehmen, bedingungslos von der russischen Grenze zurückgewiesen werden müssen. Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von russischen Behörden übernommen worden nur unter Verzichtleistung der in der schwerigen Lage der angekommenen Auswanderer, die in Unkenntnis der Einreisebedingungen sich zu der Fahrt verließen. Sie haben jedoch unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

Minister Wieth über Dräffel.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der Post-Zeitung erklärte Reichsfinanzminister Wieth im Hinblick auf die Dräffel-Konferenz gegenüber falschen Behauptungen der „Financial News“ und des „Journal“ fest, daß er in Spa keinen Vertreter der ausländischen Presse empfangen und keinerlei Erklärung über die Politik der deutschen Regierung einem Pressevertreter gegeben habe. Er habe stets den Standpunkt vertreten, daß Deutschland mit positiven Vorschlägen kommen müsse, wenn man zu einer Verständigung gelangen wolle. Diese von der deutschen Regierung zu machenden positiven Vorschläge müßten gefunden werden nach eingehender Darlegung und Befragung der deutschen wirtschaftlichen Lage und Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung der beiderseitigen Sachverhalte. Um erscheine es als unbedingt notwendig, daß Deutschland endlich die Größe der ihm zugewiesenen Lasten lenne und darnach seine Wirtschafts- und Finanzpolitik einrichte. Europa sei tatsächlich eine Wirtschaftseinheit. Ein Ausfall Deutschlands würde einen völligen Zusammenbruch bedeuten und müßte ganz Europa in den Ruin hineinziehen. Für die europäische Wirtschaftssolidarität, die kommen müsse und werde, solle Dräffel den Weg bieten. Wo sich auf der Gegenseite ein Anzeichen zu einer Verständigung und Aussprache zeige, sei auch bei Deutschland jederzeit der gute Wille vorhanden.

Rücktrittsgeheim des Reichsfinanzministers.

Berlin, 18. Sept. Reichsfinanzminister Dr. Wieth hat gestern sein Abschiedsgeheim erlangt. Wie wir hören, hängt dieser Schritt des Reichsfinanzministers mit den Vorgängen auf dem Gebiet der Reform der Reichsbefoldungsordnung zusammen.

Dindenburgs Jüderhass.

Berlin, 20. Sept. In dem Redakteur eines Organs der Deutschen Volkspartei, den er in Hannover empfing, sagte Dindenburg: Deutschland wird solange nicht zugrundegehen, als es die Kraft an seine weltgeschichtliche Sendung behält. Ich habe das Verdammnis meines Vaterlandes gesehen und glaube nie und nimmer, daß es sein Todesurteil erwischt ist. Der gute alte deutsche Geist wird sich wieder durchsetzen, wenn auch erst nach den schwersten Kämpfern im Ostosen von Lebenskämpfen. Die Sturmflut der Leidenschaften und die unendlichen Bedenken werden sich wieder verlaufen. Das Blut aller, die im Glauben an Deutschlands Größe gefallen sind, wird nicht vergebens geflossen sein. Mit dem Glauben an Deutschlands Zukunft setze ich ins Grab.

Wissenschaft und Wiederaufbau.

Der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Ing. Sorge, M. D. R., berichtet in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure über die im Juni d. J. in der französischen Deputiertenkammer dem Unterrichtsweisen gewidmeten Verhandlungen, die in Anbetracht der dort der Forschungsstätigkeit zuteil gewordenen Berücksichtigung als vorbildlich bezeichnet werden müssen, und wendet sich auf Grund dessen an die unabhängigen Reichs- und Landesstellen, und an die gesamte Öffentlichkeit mit der Mahnung, die deutsche Wissenschaft, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau außerordentlich wertvolle Dienste leisten kann, am Leben zu erhalten und wieder arbeitsfähig zu machen.

Von dem Elend unserer einst blühenden Forschungsstellen machen sie von den vielen, die bei hohen Gehältern und Löhnen gehandelt in den Tag hinein leben, wohl nur wenige ein richtiges Bild. In zahlreichen Fällen muß wegen der hohen Kosten auf die Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten verzichtet werden. Die erste wissenschaftliche Körperschaft, die Reichler Akademie der Wissenschaft, teilt dieses traurige, unheilvolle Schicksal. Nach den Ausführungen der angesehensten Fachleute reichen die ihnen zu Gebote stehenden Mittel in diesen Fällen kaum hin, um die Kosten für die Zeitung und Beförderung zu decken. An die Beschaffung neuer Versuchsmittel, an die Aufnahme neuer Forschungen kann kaum gedacht werden.

Solange das deutsche Volk gegen die gewaltige Uebermacht seiner Feinde um sein Leben kämpfen mußte, waren die Kriegsergebnisse der deutschen Wissenschaft in aller Munde. Selbst in Frankreich hat man anerkennen müssen, daß es die Männer

in den deutschen Gelehrtenstuben gewesen sind, die, als die Not höher und höher stieg, das Rettungsmittel für die Verteidigung des Vaterlandes und Hilfsmittel für die Ernährung der darbenenden Bevölkerung geschaffen haben. Sie wissen, so sagte der Abgeordnete Maurice Barres am 11. Juni ds. Js. in der französischen Kammer, welchen Nutzen die Deutschen aus ihren Gelehrten gezogen haben. Wenn ich das sage, denke ich an das Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin, das in dem Augenblick, als die Stichtoffvorräte zur Neige gingen und als Deutschland daran war, in die Knie zu sinken, die fabrikmäßige Herstellung des künstlichen Stichtoffes aus der Luft zustande brachte. Was die deutsche Chemie für die Artillerie Dindenburgs getan hat, das tat sie fast in gleichem Maße auch für die anderen Waffen, für das Flugwesen und nicht nur für alle Kriegsindustrien, sondern auch für die Ernährung der bürgerlichen Bevölkerung. Niemand hätte Deutschland so erfrischend und lange ausgehalten, wenn es nicht die Ueberlegenheit seiner Wissenschaft gehabt hätte. Von der von ihm empfohlenen Organisation der wissenschaftlichen Forschungen vertritt sich Barres den allergrößten Nutzen: insbesondere müsse sie helfen, die Güterknappheit zu überwinden, und so die Lösung der die ganze Welt bedrückenden sozialen Frage näherzubringen. Barres berief sich auf ähnliche Gedankengänge, die in einem Briefe der American Federation of Labor vom Juni 1920 niedergelegt sind.

Barres hat mit seiner Aufforderung zur Bewilligung ausreißender Geldmittel für eine organisierte Forschungsstätigkeit bei den Mitgliedern der Kammer volle Zustimmung gefunden. Herr Dr. Sorge zieht die Nutzenwendung aus den Vorgängen in folgenden Sätzen:

„So sieht sich Frankreich an, uns durch tatkräftiges Handeln auch auf wissenschaftlichem Gebiete zu überflügeln. An uns liegt es, daß wir unser geistiges Vorratsschatz nicht verlustig geben; er ist unser bester Dolmetscher zum Wiederanstieg! Es ist Pflicht des Reichs, der Staaten und der gesamten Völkerschaft, schleunigst der deutschen Wissenschaft die nötigen Geldmittel zu bewilligen, Maßnahmen zu treffen, daß sie dem richtigen Zwecke und der richtigen Stelle zuliegen, daß bewusste Männer, die wissen, was nützt, Nichtlingen für das Arbeiten der Forschungsstätten aufstellen.“

Allen, die sich für das deutsche Wirtschaftsleben und die Zukunft der Nation verantwortlich fühlen, hat der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit diesen Worten aus der Seele gesprochen.

Der Kampf um die Schule in Berlin.

Berlin, 20. Sept. Am gestrigen Sonntag vormittag sollte im Jarkus Park eine von der Deutschnationalen Volkspartei einberufene Protestkundgebung gegen die Wahl des Dr. Löwenstein zum Berliner Oberschulrat stattfinden, aber die Unabhängigen und Kommunisten hatten ihre Massen angeboten, u. den Jarkus schon um 9 Uhr belagert, als er dann geöffnet wurde, konnten die Deutschnationalen nur noch in bescheidener Anzahl Einlass finden. Die deutschnationalen Besucher wurden unterdrückend, Männer und Frauen, sobald sie Widerspruch zu erheben wagten, geprügelt und hinausgeworfen. Deutschnationaler Redner, die zu sprechen versuchten, wurden niedergebrosen. Es entwickelte sich ein regelrechtes Handgemenge, bei dem einige Damen die Kleider zerrißen wurden. Eine Wache der Sicherheitspolizei vermochte gleichfalls keine Ordnung zu schaffen. Schließlich zogen die Deutschnationalen vor den Aufgängen und hielten dort vor der Freitreppe des alten Museums eine Protestversammlung ab. Auch die Deutsche Volkspartei hatte für gestern früh zu drei großen Kundgebungen geladen. Auch diese wurden durch ähnliche wilde Tumulte vereitelt. Dabei gab es sogar Mordversuche. Tageslang konnte eine von der Berliner Zentrumspartei einberufene Protestversammlung gegen den Dr. Löwenstein durchgeführt werden. Ebenso verlief am Sonntagabend eine Protestversammlung der jüdischen Religionsvereine in Ruhe.

Zur Lage in Oberschlesien.

Berlin, 19. Sept. Die Oberschlesische „Volkstimme“ veröffentlicht einen Aufruf von dem „Kios Bracy“ vom 22. August, einem in polnischen Industriebezirk erscheinenden Arbeiterblatt. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut: Zur Hilfe der Oberschlesier! Obereschlesien in Flammen! Das arbeitame polnische Volk, das nur einen Führer von uns entfernt ist, trägt das an ihm begangene Unrecht an den Nacken der Barbaren, die sich Sicherheitswehr nennen. Unsere Brüder erwarten von uns Hilfe, ihnen fehlen Waffen und Munition. Sie brauchen Nahrung und Hygienematerial. Die Redaktion des „Kios Bracy“ fordert alle Väter zur Sammlung an Geld und Liebesgaben auf, die sie sofort an die Kommandantur in Schöpsen, mit der sie engste Fühlung angeknüpft habe, überreichen sollen. Darum zur Hilfe den obereschlesischen Brüdern! Dieser Aufruf wirft ein bezeichnendes Licht auf die Wege auf denen die polnischen Insurgenten ihre Waffen erhalten. Besonders bemerkenswert erscheint aber, daß, wie aus dem Aufruf unabweislich hervorgeht, unter den Augen der internationalen Kommission eine polnische Kommandantur in dem deutschen Orte Schöpsen besteht.

Musik, 19. Sept. Wie der „Oberisch. Wanderer“ meldet wurde gestern nachmittags ein Postbote auf dem Wege nach Kreiswald nahe der Pulverfabrik Wunzig von vier bewaffneten Banditen überfallen. Die Räuber kürzten den Postkarren um, raubten Wertgegenstände im Betrage von 20000 Mark und entkamen in einem Automobil.

Eine neue polnische Schandtat.

Cyprien, 20. Sept. In dem Dorfe Kizomok, Kreise Cyprien, fand am Samstag Abend die Jubiläumfeier eines Lehrers statt, wobei auch getraut wurde. Plötzlich fielen auf nächster Nähe durch das Fenster 7 Schüsse, wobei eine Frau und 2 Lehrer schwer verletzt wurden. Alle Nachforschungen nach dem Täter waren bis jetzt vergeblich. Es handelt sich vermutlich um einen Raubakt der polnischen Bewohner.

Eine Entensprekettin über die Zustände in Oberschlesien. Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Rom gemeldet wird, weiß der offizielle „Tempo“ auf die unhaltbaren Zustände in Oberschlesien hin, wo die italienischen Truppen willkürlich hin- und hergeschoben wurden, nur um ja nicht die polnischen Kutische und die polenfreundlichen Intrigen der Franzosen zu hören. Der italienische General de Marinis läte aus, den schweren Schaden zu erwägen, der Italien aus der traurigen Lage in Oberschlesien erwachse. Schon jetzt nehme der Kohlenexport nach Italien bedentlich ab.

Ausland.

Wien, 20. Sept. Gestern mittag fand hier eine gewaltige Demonstration für den Anschluß an Deutschland statt. Die Teilnehmerzahl betrug ungefähr 60000. Es beteiligten sich alle Gefangenen und Turnvereine, sowie alle nationalen Vereinigungen aus den Alpenländern, deren Mitglieder in ihren Nationaltrachten erschienen. Auf dem Schwarzenbergplatz wurden Reden gehalten, in denen für den Anschluß an Deutschland eingetreten wurde.

Rom, 18. Sept. Am 20. September wird als erstes deutsches Konsulat in Italien das deutsche Konsulat in Mailand seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Neuchâtel, 19. Sept. Der aus Le Havre kommende Dampfer „La Corraine“ ist im Hafen von Neuchâtel eingelaufen mit 10 1/2 Millionen Dollar Gold der französischen Regierung an Bord, die als Deckung der Anleihe dienen sollen und sofort vom Bankhaus Morgan in Empfang genommen wurden.

Giolitti Standpunkt zur Arbeiterbewegung.

Varese, 19. Sept. „Corriere della Sera“ berichtet: Giolitti erklärte einer Delegation von Industriellen in Rom, die Regierung betrachte die Lage mit vollem Ernst, weshalb sie den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen gezwungen sei. Für die Industriellen bestände nur die Lösung: Nachgeben! Weiterer Widerstand gegen das Proletariat führe Italien ins Verderben und öfne der bolschewistischen Revolution die Tore. — Der „Avanti“ bestätigt, daß Giolitti seit entschlossen sei, einen weiteren Druck auf die Industriellen auszuüben. Er unterstütze die Forderungen der Arbeiterschaft hinsichtlich grundsätzlicher Outbeihung der Betriebskontrolle durch die Arbeiter und droht mit einer Intervention zugunsten der Arbeiter, falls die Industriellen keine Nachgiebigkeit zeigen. — Am Samstag und Sonntag sind in allen oberitalienischen Industriestädten erneut Versammlungen der Unzufriedenen einberufen, in denen gegen die Herrschaft des Unternehmertums Stellung genommen werden soll. — „Secolo“ meldet: Giolitti hat den Ministerrat zusammenberufen. Die mittel- und oberitalienischen Industriellen sind entschlossen, den Standpunkt Giolittis nicht anzuerkennen. Bei einer Abstimmung haben sich nur etwa ein Drittel für die Annahme der Forderung der Arbeiter auf Ausübung einer Kontrolle in den Fabriken ausgesprochen.

Ein holländisches Blatt gegen die schwarze Schmach.

Der „Nieuwe Courant“ beurteilt unter Hinweis auf die Broschüre der Rheinischen Frauenliga die Verwendung schwarzer Truppen in den besetzten Gebieten. Die Fälle von Vergewaltigungen, die in dieser Broschüre gemeldet würden, wüßten höchst bedentlich stimmen und böten eine traurige Lektüre. Frankreich dürfe nicht vergessen, daß die Verwendung von kulturell minderwertigen Schwarzen als Polizeitruppen mit Rücksicht auf das Ansehen der weißen Rasse höchst bedentlich sei. Das schlimmste sei aber, daß für die Opfer der Schwarzen in den besetzten deutschen Gebieten keine Möglichkeit zu bestehen scheint, ihr Recht zu erlangen.

Veränderung der obereschlesischen Politik Frankreichs?

„Corriere della Sera“ meldet aus Paris: In Journalistenkreisen ist man überzeugt, daß die Ankunft des Generals Lezard in Paris die Einleitung zu einer radikalen Veränderung der französischen Politik in Oberschlesien sei. Wahrscheinlich werde auch Tower von seiner Regierung aus Danzig abberufen und durch eine Persönlichkeit ersetzt werden, welche den Deutschen weniger Anlaß zu Klagen wegen Parteilichkeit gebe.

Um die Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 20. Sept. In den von zahlreichen Senatoren beschriebenen Wandelgängen des Senats scheint man einstimmig den Wunsch zu haben, an Millerand noch einmal heranzutreten, daß er die Kandidatur annimmt. Im gegenwärtigen Falle scheint sicher zu sein, daß die Senatoren den Kandidaten der Kammer nicht ohne weiteres annehmen werden, sondern eine Abstimmung zugunsten eines der ihren, das niemand anderes als Leon Bourgeois sein wird, veranlassen werden. Auch in den Wandelgängen der Kammer hält man es für wünschenswert, daß die Kandidatur Millerands aufgestellt wird, da sie die einzige zu sein scheint, die fast sämtliche Stimmen auf sich vereinen könnte. — Die „Information“ meldet, beabsichtigen die Sozialisten der Kammer den Abgeordneten Levas als Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik aufzustellen.

Französische Geheimabmachungen mit Ungarn.

Eine in Berlin erscheinende ungarische Zeitschrift veröffentlicht den Text einer wirtschaftlichen und militärischen Konvention zwischen Ungarn und Frankreich. Danach werden die ungarischen Staatsbahnen für 50 Jahre an eine französische Aktiengesellschaft verpachtet. Der politische Vertrag schaltet der ungarischen Regierung die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht (Entgegen dem Friedensvertrag von Trianon) Frankreich erklärt sich auch bereit, beim Rückbruch zu beantragen, daß die im Friedensvertrag festgelegte Grenze Ungarns überbrückt werde. Der dritte Teil des Abkommens ist eine Militärkonvention zwischen Ungarn und Frankreich, wonach Ungarn sich bereit erklärt, eine Armee von 150000 Mann aufzustellen. Im Feldzug gegen Sowjetrußland wird diese Armee unter französischem Oberbefehl gestellt.

Die letzten Deutschen aus Ostafrika.

Englische Blätter bringen eine Neuermeldung aus Da-

Seider
th
bte
Galmbach
uswahl
Preisen:
um-Stoffe,
tarriert,
gstoffe,
erzeugle,
urs,
kreist u. tarriert,
Nattune,
Belzpique,
oppeltbreit,
trazendrell,
amenhemden,
Schwitzer,
en,
Handschuhe.
ballspieler.
eisel.
nenmäntel,
neblan,
empfohlen von : : :
chotter,
chotter,
wegkies,
D.
den Antransport auf
werk, Enzberg.
ionikas
er den halben Preis,
2reihige 8bäufige von
in der Harmonika
ofser & Bohner in
nterricht von Meister
en neue eingetauscht
eisel,
n-Reklame 10
adiger denn je,
wird ohne sie den
reichen, ge
vergrößert wer
ohne Reklame.



refalam vom 16. September, wonach der Dampfer „Rigoma“ mit dem Rest der Deutschen aus Ostafrika, die noch auf Heimfahrt warteten, am 15. September nach Rotterdam abgegangen ist. Es müßten jedoch noch 60 Personen zurückbleiben, die bis zum größten Teil unter Quarantäne in Langa befinden, da die Boden unter ihnen ausgebrochen sind.

Die Balkanpolitik.

Von der politischen Neuordnung Europas bleibt der Balkan, dieser Herd des Weltkriegsbrandes, nicht unberührt. Was sich zur Zeit dort abspielt, wird gegenüber den im Mittel- und Ost-Europa freisenden Begebenheiten in der Öffentlichkeit weniger beachtet, obgleich sich dort eine Hiesigkeit ausdrückt, die ein bemerkenswertes Unterabdominalmerkmal zu der früheren politischen Verwirrenheit auf dem Balkan darstellt. Als tatkräftiger energischer Staatsmann tritt da namentlich der bulgarische Ministerpräsident Stambouloff in Erscheinung. Er hat unter das geschichtliche Gewebe, die erbitterte Gegnerschaft Bulgariens zu anderen Balkanstaaten, den Schlüsselsatz gesetzt, ist in die Hauptstadt des früheren Tsarreiches Bulgariens, Serbien, gereist, nachdem er zuvor in Bukarest einen politischen Besuch abgefaßt hat, und schließt nun daran einen Abstecher in das politische Hauptquartier der Tschechoslowaken, nach Prag. Alles das geschieht im Interesse der staatlichen Einigung auf dem Balkan. Ja, die Selbstverleugnung des bulgarischen Staatsmannes geht soweit, daß er sogar eine offene Ansprache mit dem Diktator Griechenlands, Venizelos, beabsichtigt zwecks völkischer Annäherung, obwohl in der thrazischen Frage noch beträchtliche Uneinigkeiten zwischen Bulgarien und Griechenland bestehen. Als politisches Endziel scheint dem bulgarischen Staatsmann wohl die Schaffung der Vereinigten Staaten des Balkans vorzuschweben. Der Weg zur Erreichung des Zieles ist unverkennbar beschritten, die große staatsmännische Linie von Herrn Stambouloff aufgezeigt. Die Möglichkeit einer südöstlichen Orientierung der deutschen Politik als diplomatisch fruchtbringender Nachtrag zum deutsch-bulgarischen Bündnis wäre damit zwar verbannt, doch andererseits würde ein politisch geeinter Balkan einen Machtfaktor darstellen, der eine Bevormundungspolitik durch die Westmächte durchaus nicht hinzunehmen braucht, vielmehr auf Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland und Deutschlandserreichlichkeit Bedacht nehmen könnte. Entscheidend für die internationalen Verhältnisse wird ja in Zukunft die Wirtschaftspolitik, der Güterausgleich, sein und es wäre nicht einzusehen, warum Deutschland hierin nicht mit den Balkanstaaten auf gutem Fuße leben sollte.

Finnlands Flottenrüstungen.

Helsingfors, 20. Sept. Das finnische Verteidigungsministerium hat ein großes Flottenbauprogramm ausgearbeitet, das in erster Reihe den Bau einer bedeutenden Anzahl kleinerer Kriegsfahrzeuge vorsieht, die im Laufe von 6 Jahren gebaut werden sollen. Die Kosten sind auf 600 Millionen Mark veranschlagt.

Flauer Geschäftslage in Japan.

Das Blatt „Kolumbin Schimbun“ meldet aus Tokio, daß in Osaka 700 Textilbetriebe wegen der Flauheit des Handels schließen mußten. 70 000 Arbeiter feiern.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Rechenburg, 21. Sept. (Matthäus.) Der 21. September bringt den Gedächtnistag des hl. Matthäus, des vom Jolkeinschmer zum Apostel berufenen Verfassers des Evangeliums. Ueber seine apostolische Tätigkeit gibt der biblische Bericht keinen Aufschluß. Die Ueberlieferung läßt ihn in Syrien, Persien und Arabien auftreten und im letztgenannten Land durch den König Herodes den Märtyrertod erleiden. Da am 21. September 390 die Gebeine des Heiligen nach Salerno übergeführt worden sein sollen, wurde die Gedächtnisfeier auch auf diesen Tag gelegt. Bekanntlich fällt dieser Tag in der Zeit der Herbst-Lag- und Nachtgleiche. Nicht selten liegt sich an diesem Zeitpunkt eine Witterungsperiode anzubahnen, die wochenlang andauert. So ist der Matthäustag als ein sog. Vorstag bekannt. Allgemein soll mit dem 21. September der Almbrosiumer beginnen. Bekannt ist das Wettervorspiel: „Dat Matthäus schon Wetter im Haus, so hält es noch vier Wochen aus.“ In Weingebieten fehlt man es nicht gern, wenn Matthäus mit Regen aufwartet: „Wenn Matthäus weint, staut es den Wein er Flig macht.“

Württemberg.

Freudenstadt, 20. Sept. (Der feindliche Flieger.) In der Nacht von der Sitzung eines feindlichen Flugzeuges über dem Schwarzwald wird dem „Grenzler“ mitgeteilt, daß die württembergische Regierung dieselbe an das Anwärteramt in Berlin weitergeleitet hat. Unter dem 9. 9. hat das Anwärteramt der württembergischen Regierung mitgeteilt, daß seinerseits keine Möglichkeit zum Einkreisen bestehe, wenn ein den feindlichen Mächten

angehöriger Flieger über deutschem Gebiet fliege. Nach Art. 131 des Friedensvertrages haben die Luftfahrzeuge der a. und n. Mächte innerhalb deutschen Gebiets volle Flug- und Landungsfreiheit. — Es sieht sehr vieles drin im sog. Versailler Friedensvertrag. Sie dürfen sich bekanntlich alles erlauben. (Schrift.)

Salersbrunn, 20. Sept. (Diebstahl.) Die sehr der Diebstahl nach Baden trotz der Seuchengefahr und der überauslichen Ueberwachung betrieben wird, beweist laut „Grenzler“ die Tatsache, daß im Laufe der vorigen Woche an zwei aufeinanderfolgenden Tagen den Schmugglern von fremden Geheimpolizisten auf dem Anidid und auf dem Ruckstein in ein Stück Vieh abgegragt wurde. Die Schmuggler sind entflohen.

Stuttgart, 20. Sept. (Erwachende Zahlen.) In einem gemeindefürsorglichen Abend der Württ. Bürgerpartei gaben die Gemeinderäte Dietrich und Weidrecht Einblicke in die derzeitige Gemeindefürsorge der Verbandshauptstadt an Hand des neuen Haushaltsvoranschlags für 1920: Den Einnahmen von 215 Millionen stehen 300 Millionen Mark Ausgaben gegenüber, das auf Grund Gebäude und Gewerbe 85 Millionen also 2 Prozent gegen 7 in Vorkriegszeiten, umzuliegen sind. In den Ausgaben erscheinen 15 1/2 Millionen für den Polizeetat, 2 Millionen Gehalt der Räder, 24 000 Mark Abmangel des Schlachthofes (früher Ueberflüsse). Auch die Straßenbahn erfordert bedeutenden Zuschuß. Die technischen Betriebe Gas, Elektrizität, Wasser, werken zwar immer noch Ueberflüsse ab, zeigen aber auch ein wenig erhebliches Bild. Für Katrinenabfuhr ist aufzuwenden 900 000 Mark. Die Anschlüsse an die Karanlagen haken, weil von Privatleuten nicht gebaut werden kann. Die Straßeneinigung kostet 3 1/2 Millionen, die Schulen 10 1/2 Millionen, die Krankenhäuser brauchen 7 Millionen Mark Zuschüsse, die Jugendfürsorge 8 1/2 Millionen Mark. Unter den besonderen Steuern erscheinen 1 Million Vermögenssteuer, 400 000 Mark Fremdenwohn-, und 250 000 Mark Vermögenssteuer. Die Stadtverwaltung denke ernstlich daran durch Vereinfachung 1/2 in der Straßeneinigung und im Straßenbahnverkehr Einsparungen zu erzielen. Die Not der Zeit lehre alle noch sparen.

Stuttgart, 20. Sept. (Kriegerbundstag.) Der 24. ordentliche Bundestag des württembergischen Kriegerbundes wurde über den Sonntag hier abgehalten. Der Bundespräsident, General der Infanterie a. D. von Gerol, hielt die Begrüßungsansprache, gedachte des Wandels der Zeiten und der Toten im Weltkrieg, der Leistungen des Bundes, erwähnte zu aufopfernder Liebe zum Vaterland und schloß mit einem begeisterten Aufgenommenen doch auf dieses. Staatspräsident Dr. von Heidecck ermahnte zur Aufrechterhaltung der Kameradschaft und zu treuer Zusammenarbeit im Dienste des Ganzen. Unter lautem Beifall wurde ein Telegramm an den früheren Schutzherrn des Bundes, Herzog Wilhelm von Württemberg, besendet. Bundesgeschäftsführer Fortuna erbatte den Rechenschaftsbericht. Direktor Dr. Kaiser berichtete über die Änderung der Bundesstatuten, Präsident a. D. von Keller über die Kriegerehrenbelohnung, Oberleutnant a. D. Schumacher über die Richtlinien zur Fürsorge für die Kriegesbeschädigten und Kriegesinterblebenden, besonders auch über die mit dem Rufführerbund gemeinsam geleistete Arbeit zur Besserung der Lage der Altkriegern. Bei den weiteren Verhandlungen gab der Bundespräsident, General von Gerol, das Danktelegramm des Herzogs an Württemberg bekannt. Staatsrat Dr. Hegelmeier berichtete über die Verbrüderung des Bundes und legte hierzu Richtlinien vor, die gebilligt wurden. Der Bundesbeitrag wurde von 45 Bg. auf 2 Mark erhöht. Ueber die Sterbefälle des Bundes gab Rektor Dr. Kaiser einen Ueberblick. Der Bund zählt jetzt über 126 000 Mitglieder; die Bundesleistung schlägt vor, künftighin alljährlich eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Soldaten des Weltkrieges und der Kriege von 1866 und 1870 zu veranstalten, und zwar heuer am Sonntag, 1. November. Der nächstjährige Bundestag soll in Döbringen stattfinden.

Heilbronn, 20. Sept. (Ein alter Gauner.) Ein gedrucktes Vorstrafenregister mit 67 Nummern heißt der Tagelöhner Josef Rieker von Steinbach bei Hall, der u. a. auch eine größere Handtaschenraube wegen Raubs hinter sich hat. Niedmal war er angeklagt, weil er, nachdem er in einem Bauernhaus vergeblich gebeitelt hatte, aus Noth aus dem Danstür ein Leberkäsebrot mitnahm, den er verloren haben will. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen dieses Diebstahls zu 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Unterthurnheim, 21. Sept. (Für Wiederaufnahme des Betriebs bei den Daimlerwerken.) In den Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter wurde von der Direktion der Daimler-Werke mitgeteilt, daß am Mittwoch die Arbeit in allen Abteilungen des Betriebs aufgenommen werden könne. Die Vertreter der Arbeiter gaben eine Erklärung ab, daß, da die Direktion sich vollständig freie Hand in der Auswahl der Wiedereinstellenden vorbehalte, die Kommission sich außer Stande sehe, die vorgenommenen Arbeiten nach Paragr. 74 des Betriebsvertrages zu erfüllen. Die Firma gab darauf die Er-

klärung ab, wenn der Verhandlungsausschuß seine Mitwirkung nicht weiter sollte gewahren wollen, werde die Firma nichtbestehender das gesamte, von dem Verhandlungsausschuß ihr zugänglich gemachte Material gemäß den getroffenen Vereinbarungen prüfen und berücksichtigen. Wenn durch das Verhalten des Verhandlungsausschusses eine Verzögerung der Wiederaufnahme eintreten und Unzulänglichkeiten anderer Art sich ergeben sollten, so treffe die Verantwortung hierfür nicht die Firma. Die Arbeitervertreter antworteten, daß sie gerade durch ihr Verhalten ein weiteres Dingsgehen der Wiederaufnahme des Betriebs verhindern wollten. Die Firma betonte noch, im Sinne des Vergleichsentscheidungs des Schlichtungsausschusses ihr möglichstes bei der Auslese getan zu haben.

Kottbus, 20. Sept. (Gewerbeverein.) Unter außerordentlich starker Beteiligung, wie sich schon am Samstagabend bei der Landesauschuss-Sitzung zeigte, hielt gestern der Verband Württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen hier seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende Lorenz-Stuttgart begrüßte die Ehrengäste, darunter Oberregierungsrat Kraus von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, wofür Rechnungsrat Kattb den Kassenbericht erstattete. Landtagsabgeordneter Deane-Lubingen wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Merzburg bestimmt. Handwerkskammerdirektor Abg. Schuler-Wim berichtete über die berufliche und wirtschaftliche Organisation. Die Verbandsbeiträge wurden einstimmig um 10 Prozent erhöht. Eine Reihe von Anträgen über die Gründung von Eintagslohnvereinigungen, Errichtung einer Gewerkschaft für den gewerblichen Mittelstand, Sonntagsgeldentlassung, Verweigerung von Danstürchen, Aufhebung der Juagenschaftsbeschränkung der Kaufleute, Berücksichtigung der Schuldenabgabe bei den künftigen Gemeindefürsorgeleistungen wurden teils zur Kenntnis genommen, teils den zuständigen Stellen zur Berücksichtigung mitgeteilt. Den Abschluß der Tagung bildete am Montag ein Ausflug nach Bad Niedermünns neue Handwerkerbildungsheim, dessen gediegene Einrichtungen die Anerkennung und Bewunderung Aller erregten.

Die Herbstkartoffelpreise.

In drei Vertrauensmännerversammlungen des Württ. Bauernbundes wurde bereits zur Kartoffelpreissfrage Stellung genommen und dabei einstimmig beschlossen: Angefichts des Entschlusses, des gegenwärtigen Geldwertes und der sich fortgesetzt erhöhenden Ausgaben, sowie der demnächst zum Einzug kommenden Steuern aller Art können die Bauern Württembergs die Herbstkartoffeln nicht unter 25 Mark für den Ztr. abzugeben und erlauben alle Landwirte Württembergs, an diesem Mindestpreis unbedingt festzuhalten und alle Schritte, den Preis zu drücken, zurückzuweisen. Die Landwirte haben es für richtig, die Verbrauchsweise vorzugsweise zu bedienen, die seither und regelmäßig ihre Kartoffeln im Herbst direkt beim Bauern bezogen und angelegt haben und es wenn diese verfort sind, an die Händler abzugeben. — Bei den Verhandlungen über die Lage des Kartoffelmarktes wurde mitgeteilt, daß von verschiedenen Seiten Verluste sich, den Preis auf 20 Mark herabzudrücken. Die Vertrauensmännerversammlungen waren jedoch darüber einig, daß an dem diesjährigen Herbstkartoffelpreise von 25 Mark unbedingt festgehalten werden müsse, umso mehr als die Landwirte von einem fürchterlichen Preisabfall ihrer Bedarfartikel nicht den Mindestpreis verbißt haben und allem Anschein nach auch nicht verbißten werden.

Bermischtes.

Berlin, 20. Sept. Die Käufer in Berlin haben aus Amerika ein Geschenk von 144 000 Dollar erhalten, die zu Auktionen verhandelt werden sollen.

Aus der Schuhwarenindustrie. Die seit einigen Wochen regere Tätigkeit in den Schuhfabriken und die lebhafteste Nachfrage seitens der Fabriken auf den Lederbörsen läßt auf eine weitere günstige Geschäftsentwicklung schließen. Dies ist wohl auf das kommende Wintergeschäft zurückzuführen; dazu sind die Lager in den meisten Fabriken fast geleert; außerdem dürfte die neuerliche Deusse am Rohwollmarkt viel dazu beitragen, augenblicklich noch möglichst viel und günstig einzukaufen; denn es ist kaum zu erwarten, wie sich später die Absatzmöglichkeiten gestalten werden, steht dahin. Die Käufer sind der Meinung, daß die Preise wohl noch weiter heranzutreiben. Wie die Dinge jedoch liegen, werden die Fabriken, wie sie beabsichtigen, infolge der Verteuerung der Rohwaren, gewissagen sein, mit weiteren Preissteigerungen herauszukommen. Wo noch diese sind, bleibt abzuwarten.

Ein Sägerwort auf dem Kaiserlichen Besitzum. Wie die Zeitschrift „Der Goldläufer“ berichtet, wird auf dem Besitzum des früheren Kaisers im Kreise Letow ein großes Sägerwort errichtet, um die umfangreichen Waldungen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Die mangelnden Steuermarken. Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: Den Arbeitgebern konnten die Steuermarken, die sie für den Steuerabzug an dem Einkommen der Arbeit-

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill

114 (Nachdruck verboten.)

„Aber wenn dies sein Beweggrund war, so haben wir ja die triftigste Ursache, ihm von Herzen dankbar zu sein.“ rief Edith. „Wer weiß, ob ich jemals das Glück gehabt hätte, dich als den berühmten Dichter kennen und lieben zu lernen, wenn er weniger jartfühlend gewesen wäre.“

Tief ergriffen, aber noch immer ein wenig zweifelnd, blühte ihr Odemar in die leuchtenden Augen.

„Kann dies denn aber wirklich dein Ernst sein, Liebste? Dann ich es denn noch wagen, meine Augen zu dir zu erheben — als der Sohn eines Mannes, der —“

„Der durch unglückselige Verhältnisse gezwungen worden ist, mancherlei Unrechtes zu tun? Das war es doch wohl, was du sagen wolltest? Aber du mußt sehr klein von mir gedacht haben, wenn du im Ernst derartige Behauptungen hegebt hast. Denn erstens liebe ich doch nicht deinen Vater, sondern dich, und zweitens habe ich nicht die mindeste Veranlassung, auf irgend jemanden von oben herab zu sehen, nur weil es einen dunklen Fleck in seiner Familiengeschichte gibt. Ich brauche dir das doch wohl nicht erst noch weiter auseinanderzusetzen.“

Hoch beglückt schloß Odemar die Geliebte auf seine Arme. Sie aber suchte mit fragendem Blick seine Augen, und nachdem sie eine kleine Weile mit sich selber gekämpft hatte, sagte sie:

„Mit dieser Ueberflutung war es also nichts. Eine andere Aufklärung aber bist du mir allerdings noch schuldig, und darfst mir nicht zürnen, wenn ich sie jetzt von dir erbitte, damit nichts Geheimnisvolles und Unausgesprochenes mehr zwischen uns sei.“

„Frage mich, was du willst. Ich verspreche im voraus, daß ich dir keine Antwort verweigern werde.“

„Weshalb bist du bei Nacht und Nebel von Donners-berg abgereist und hast mir damit so unendlich viel Sorge und Kummer bereitet?“

„Ich war darob gefaßt, daß du darüber Rechenschaft von mir fordern würdest. Aber ich mußte diese Forderung abwarten, weil ich nicht aus freien Stücken an die traurigen Dinge rühren durfte, deren Erinnerung ich so gern aus deinem Gedächtnis getilgt sähe. Ich versuchte zu entschließen, weil ich mich überwascht wußte, und weil ich weiteren Vernehmungen und Verhören ausweichen wollte. Nicht daß ich dabei für mich selbst etwas zu fürchten gehobt hätte. Du weißt ja jetzt, daß das nicht der Fall war. Aber wenn ich auch nicht schuldig war, so konnte ich doch den Mörder deines unglücklichen Vaters. Nachdem mir am Nachmittag des Festes dein Stiefbruder in brüster Form die Aufforderung übermittelt hatte, das Gebiet des Schlosses zu verlassen und jeden Verkehr mit seinen Bewohnern abzubrechen, fühlte ich natürlich ein Verlangen, von dem Grafen selbst die Aufklärung über die Gründe zu erhalten, die ich begrifflicherweise von meinem Sohne nicht erbitten mochte. Ich suchte deinen Vater längere Zeit obergewens unter seinen Gästen, und als ich endlich erfuhr, daß er in seinem Arbeitszimmer sei, nahm ich mir die Freiheit, ihn dort aufzusuchen. Als ich den Gang betrat, an dessen Ende das Arbeitszimmer liegt, sah ich deinen Stiefbruder aus der Tür desessenen treten.“

„Er schien fürchtbar aufgeregt und verstört, und weil ich eine Wiederholung der peinlichen Szenen vermeiden wollte, die sich zwischen ihm und mir bereits abgespielt, verberg ich mich in einer Türnische, so daß er nicht an mir vorüberging, ohne mich zu bemerken. Ich aber konnte ihn bei der Gelegenheit aus unmittelbarer Nähe beobachten, und ich hatte bei seinem Anblick sogleich die Empfindung, daß dieser Mensch irgendeine schwere Schuld auf dem Gewissen haben müsse. Scheu wie ein Verfolger blühte er um sich; auf den Fußspitzen und dicht an die Wand gedrückt, schlich er sich, offenbar, um von niemandem gehört

zu werden, in das obere Stockwerk hinauf. Als mir das Zufallen einer Tür anzeigte, daß er in eines der oberen Zimmer getreten war, setzte ich meinen Weg fort und öffnete, als ich auf mein Klopfen keine Antwort erhielt, unter dem Druck einer bösen Ahnung die Tür des Arbeitszimmers. Da sah ich zu meinem namenlosen Entsetzen deinen Vater leblos am Boden liegen, und ich würde selbstverständlich sofort Alarm geschlagen haben, wenn ich nicht am Ende des Ganges Schritte vernommen hätte. Ich sprang abermals beiseite, und der Major Brandensfels, der jetzt auf die Stätte des Verbrechens zuschritt, bemerkte mich ebensowenig, wie mich vorher der Mörder bemerkt hatte. Nun, da ich sicher war, daß alles geschehen würde, was die Umstände erheischten, machte ich mir kein Gewissen mehr daraus, mich rasch zu entfernen. Denn ich wollte nicht in der Nähe des Tatortes gesehen werden, um nicht gezwungen zu sein, Zeugnis abzulegen über das, was ich wahrgenommen. Wahrlich nicht aus schonender Rücksichtnahme auf den furchtbaren Täter. Aber dieser Täter war dein Halbbruder, Edith! Und wenn ich ihn beschuldigte, so brachte ich damit zu dem unabänderlichen Unglück, das bereits geschehen war, noch mehr Jammer und Leid über dich und deine unglücklichen Angehörigen. War dies Leid auch vielleicht nicht zu vermeiden, so wollte doch nicht ich es sein, der es heraufbeschwor. Darum allein erklärt sich mein beharrliches Schweigen auf alle an mich gerichteten Fragen, und daraus allein erklärt sich auch meine Flucht, die mir sicherlich von dir ebenso wie von deinem treulichen Vetter als eine Handlung schimpflicher Feigheit ausgelegt worden ist.“

„Nein, Liebster!“ rief sie in einem Ton, der ihn wahrlich nicht an der Aufrichtigkeit der Versicherung zweifeln lassen konnte. „Niemals habe ich dich für einen Feigling gehalten. Nicht für die Dauer einer einzigen Minute bin ich irrt geworden an deinem Mut, deiner Treue und deiner Ritterlichkeit.“

(Schluß folgt.)

meiner be-
wünschten
Mitle. Ka-
den sind
die aber a-
nen, weil
Katholiken
Zeit eine
weiter holl-
marken fo-
Warten to-
Der u-
ter bring-
yogne üb-
Präsident
hen des k-
längere
sue Per-
Star
wirdlich
de er ger-
sch mit
So, Sie
der nur
in der S-
mitgenom-
mit ein-
sind ja im-
des alten
Beland.
Kest-
sch Dela-
hoffen,
leben zu
Was von
Wü-
neral M-
Eckleben
ieren, U-
hre erfo-
früheren,
Epihe de
Da
Sonntag
auf der
kommend
Güterzug
die zerte-
und Hei-
Moment
Jugemeiß
lebende
deutend.
Kellen.
der Zug
des halbe
Sa-
lohring-
Saarkur
nach De-
Meist la-
haltung
der letzte
einfuhr
Die Ku-
jederzeit
monatlich
Wü-
Kartoffel
stelle zur
Dortmar
erfolgen,
De-
sächlich
Freuden-
Staatsge-
— Sta-
befindet
Präsident
nigen G-
notopfer
Abberuf-
Posten e-
Abberuf-
Anlaf v-
währe A-
Ber-
deutschen,
ermöglich-
daß den
angezied-
deutsche
Beziehen,
aus dem
gegen ein-
der Stra-
eigentlich
sich an f-
Kote Fal-
talsubmi-
in Komm-
Romanen
wurden
1 1/2 Mill-
übten, v-
aus Riß-
Geld gef-
waren W-
Die Vel-
der Geb-
Ber-
Dormitta-
mächtig,



schon seine Mitwir-
kung, werde die Firma
Verhandlungsgang
in getroffenen Verein-
barm durch das Ver-
besserung der Ver-
eilen anderer Art
erhaltung hierfür nicht
erhalten, daß sie gerade
aussehen der Beden-
Die Firma betonte
des Schlichtungs-
eian zu haben.
Unter an-
schon am Samstag
igte, hielt gestern der
handwerkervereinigun-
Der Vorsitzende Bo-
darunter Übergrün-
Gewerbe und Handel,
nicht erhaltete. Land-
zum stellvertretenden
e nachfolgenden Tag-
diplomamtsekretär
üllige und wirtschaft-
wurden einstimmig
n Anträgen über die
Erklärung einer Bewan-
e, Sonntagabend
e Aufhebung der
Verpflichtung des
einandertragenden
teils den zuständigen
Den Abdruck der
nach Bad Niedermun-
gediegene Einrich-
ung Aller erregten,
se.
lungen des Wirt-
elprerfrage Stellung
offen: Angehts des
wertes und der in-
demnach zum Ein-
die Bauern Wirt-
26. März für den Br-
worte Wirtensberg,
halten und alle Br-
Die Landwirte beh-
vorzugsweise zu be-
Kartoffeln im Herbst
legt haben und er-
ber absagen. — Bei
Kartoffelmarkt wurde
verludt wird, den
Bertragsunterzeich-
ig, daß an dem diesig-
25. März unbedingt
die Landwirte von
Kartoffel nicht das
heim nach auch nicht

zuehmer benötigten, bisher bedauerlicherweise nicht in der ge-
wünschten Menge geliefert werden. Die Reichsdruckerei hat bis
Mitte August 285 Millionen Steuermarken geliefert. Inzwi-
schen sind 250 Millionen Steuermarken fertig gedruckt worden,
die aber zum größten Teil noch nicht ausgegeben werden könn-
en, weil die Verfertigung dieser Marken mit den vorhandenen
Maschinen nur allmählich möglich ist. Die Beschaffung weiterer
Maschinen, die frühzeitig eingeleitet wurde, kann erst in einiger
Zeit eine Besserung bringen. Es bleibt daher, wenn die Ar-
beit bald in den Besitz der zum Ausgeben nötigen Steuer-
marken kommen sollen, nur der Ausweg übrig, die gedruckten
Marken teilweise unperfekt an sie abzugeben.
Der ungarische Schwiegerohn. Die amerikanischen Blät-
ter bringen zurzeit wie es eben während einer Wahlkam-
pagne üblich ist, allerlei Anekdoten über die Kandidaten für die
Präsidentschaft der Union. Eine der besten wird aus dem Ver-
hen des Verlorenen der Republikaner Harding erzählt. Vor
längerer Zeit kam ein Herr aus Marion im nördlichen Ohio,
wo Harding seit Jahrzehnten als Herausgeber des Tagblattes
„Star“ niedergelassen ist, auf eine Bank nach Kanagar im
nördlichen Teil dieses Staates. Der Direktor begrüßte ihn, und
da er gerne mit den Kunden ein wenig plauderte, so ließ er sich
auch mit diesem ihm vorerst noch Fremden in ein Gespräch ein.
„So, Sie sind aus Marion“ meinte der Direktor. „Ich kamte
bei nur eine Familie — die Familie King, die reichsten Leute
in der Stadt. Wie ich hörte, hat es den alten King fast
weggenommen, weil ihm seine Tochter, auf die er sehr stolz war,
mit einem Zeitungsherrn durchgegangen ist — Zeitungsmenschen
sind ja immer auf dem Damp. Es nimmt mich wunder ob Sie
den alten King nicht kennen?“ „O doch“, sagte Harding
beiläufig, „ich habe seine Tochter geheiratet.“

Neueste Nachrichten.

Reutlingen, 19. Sept. Nach dem „Generalanzeiger“ hat
sich Pelan Burns, bisher Stadtpfarrer in Ravensburg, ent-
schlossen, sein Mandat niederzulegen und sich vom politischen
Leben zurückzuziehen. Als Nachfolger würde Fabrikant Derbst-
lin von der Liste der Bürgerpartei nachrücken.
München, 20. Sept. Der Wahlkreiskommandeur Ge-
neral Mühl spricht in einem Tagesbefehl aus Anlaß der
Stärkeabnahme der Reichswehr den ausscheidenden Offi-
zieren, Unteroffizieren und Mannschaften herzlichsten Dank für
ihre erfolgreiche Arbeit aus, besonders auch den höheren
Führern, darunter dem Obersten Epp, der nunmehr an die
Spitze der Infanterie des Wehrkreises tritt.
Mannheim, 21. Sept. In der regnerischen Nacht zum
Sonntag gegen 1 Uhr stieß bei der Station Friedrichstal,
auf der Strecke Mannheim—Karlsruhe, ein von Mannheim
kommender Güterzug auf einen im Seitengleise haltenden
Güterzug auf. Der Zusammenstoß war sehr heftig, und
die zertrümmerten Wagen türmten sich haushoch auf. Führer
und Heizer des ausfahrenden Zuges konnten sich im letzten
Moment noch durch Abspringen retten. Dagegen blieben der
Zugmeister und vier im Packwagen nach Karlsruhe zurück-
bleibende Angestellte tot. Der Materialschaden ist sehr be-
deutend. Ursache des Unglücksfalls war falsches Signal-
fehlen. Der haltende Güterzug war nicht blockiert, und als
der Zugführer des ausfahrenden Zuges die Schlußlichter
des haltenden Zuges erblickte, war es zu spät.
Saarbrücken, 20. Sept. Zur Wiedereinfuhr französisch-
lothringerischer Minette nach Deutschland erklärt der „Neue
Saarländer“: Das Verbot, französisch-lothringerische Minette
nach Deutschland auszuführen, besteht auch heute noch und
bleibt tatsächlich auch weiterhin bestehen. Infolge der Ein-
haltung der Spaarer Verpflichtungen wurde jedoch in einer
der letzten Sitzungen des Ministerrats beschlossen, die Wiede-
einfuhr französisch-lothringerischer Minette wieder zu gestatten.
Die Ausfuhr wird durch den Staat kontrolliert und kann
jederzeit wieder aufgehoben werden. Zur Zeit werden
monatlich über 100 000 Tonnen geliefert.

Minden, 20. Sept. Hier liegt eine große Menge von
Kartoffeln zum Versand bereit, die von der Reichskartoffel-
stelle zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung von
Dortmund bestimmt ist. Die Versendung kann aber nicht
erfolgen, da die Eisenbahner die Verladung nicht zulassen.
Berlin, 20. Sept. Der Reichspräsident wird voraus-
sichtlich Dienstag früh von seinem Erholungsurlaub in
Freudenstadt, während dessen er bekanntlich einen Teil der
Staatsgeschäfte weitergeführt hat, nach Berlin zurückkehren.
— Staatssekretär Müde aus dem Reichsfinanzministerium
befindet sich gegenwärtig auf einer Dienstreise, um mit den
Präsidenten der Landesfinanzämter bezüglich einer beschleu-
nigten Erhebung der Besitzsteuern, insbesondere des Reichs-
notopferes, zu beraten. — Die Zeitungsmeldungen von einer
Abberufung des Fürsten Haffeldt von seinem ober-schlesischen
Posten entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Zu einer
Abberufung liegt, wie W.B. erfährt, nicht der mindeste
Anlaß vor. Vielmehr sei zu wünschen, daß uns diese be-
währte Kraft auch weiterhin erhalten bleibe.
Berlin, 20. Sept. Reiche Stiftungen von Auslan-
d-
deutschen, die sich auf einige hunderttausend Mark belaufen,
ermöglichen es, wie verschiedene Morgenblätter berichten
daß den Frankfurter Stiftungen in Halle eine neue Anstalt
angegliedert wird, die eine Erziehungsanstalt für Auslan-
deutsche und Kinder von Deutschen aus den abgetrennten
Gebieten, sowie ein Studienhaus für Deutsche Studenten
aus dem Ausland umfaßt. — Die „Germania“ wendet sich
gegen eine stärkere Einstellung mancher Kreise auf die Politik
der Straße. Sie bezeichnet es als erstens, wenn auch
eigentlich als selbstverständlich, daß die Zentrumsanhänger
sich an solcher Radaupolitik nicht beteiligen. — Wie die
Note Fahne mitteilt, hat die kommunistische Partei (Spar-
tistabund) ihren Namen entsprechend dem Was von Moskau
in kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der dritten
kommunistischen Internationale, umgeändert. — Gestern
wurden 5 Mitglieder der sechs-köpfigen Bande, die den
1 1/2 Millionen-Diebstahl bei der Vulkanwerk in Stettin ver-
übten, verhaftet. Haupttäter sind zwei Gebrüder Klupzig
aus Köpenick, bei deren Vater eine Viertel Million bares
Geld gefunden und beschlagnahmt wurde. Alle Verhafteten
waren Mitglieder der kommunistischen Kampforganisation. —
Die Belgier bereiten Feiern vor zur gelungenen Annexion
der Gebiete Eupen und Malmédy.

Bonn, 20. Sept. Der Bundesrat hat in seiner heutigen
Vormittags-sitzung das volkswirtschaftliche Departement er-
mächtigt, den Bundesratsbeschlus betreffend die Sperre der
Grenzen gegen Vieh- und Fleischzufuhr in dem Sinne ab-
zuändern, daß die Zufuhr von Fleisch und Vieh unter be-
stimmten Vorbedingungen wieder gestattet werden kann.
Mit dieser Maßnahme soll einer weiteren Steigerung der
Fleischpreise entgegengetreten werden.
Paris, 20. Sept. Der Oberste Rat hat in seiner
heutigen Sitzung das Rücktrittsangebot des Herrn von Bloch
angenommen und an seiner Stelle den früheren Bürger-
meister von Saarlouis, Dr. Pector, zum Mitglied der Saar-
regierung ernannt. — Die Blätter melden aus Marseille,
daß die Vertreter der Pariser Syndikalistin den Anschluß
an die dritte Internationale abgelehnt haben.
Grenoble, 20. Sept. Hier hat gestern eine rumänisch-
französische Verbrüderungsfeierlichkeit statt, der Lafe Jonescu
und der französische Unterrichtsminister Honorat beizuohnten.
Letzterer hielt eine Rede, in der er u. a. sagte: Wir haben
keinen Haß im Herzen und wir wollen die Besiegten nicht
vernichten. Wir wollen sie erziehen. Wir haben die Hoff-
nung, daß unsere besiegten Feinde nachdenken und begreifen
werden, daß ihr Sieg das schlimmste Unglück für sie ge-
wesen wäre. (1)
Amsterdam, 20. Sept. Wie englische Blätter melden, hat
der Bürgermeister von Cork am 40. Tage seines und seiner
Kameraden Hungerstreiks an die Iren der gesamten Welt
eine Botschaft gerichtet, in der er erklärt, daß er nicht glaub-
en könne, das englische Volk werde die Durchführung dieses
gefühllosen Vorhabens, das den englischen Namen in beispiel-
loser Weise bescheiden werde, zulasse. Sollte aber das eng-
lische Volk keine Macht über seine Regierung haben, so
würden die Gefangenen um Irlands willen gern sterben. —
Einer Neutermeldung zufolge ist der Bürgermeister von
Cork sehr schwach, jedoch noch immer bei Bewußtsein. Die
„Sunday Times“ ist der Ansicht, daß der Bürgermeister
von den ihn besuchenden Freunden und Verwandten Ab-
tugnungsmittel erhält.
Belgrad, 21. Sept. Die Kammer hat den Friedens-
vertrag mit Oesterreich angenommen. Ministerpräsident
Trumbisch erklärte in der Kammer, daß die Verhandlungen
in der Adriafage bisher erfolglos geblieben seien. Jugo-
slawien werde die von einem Abenteuerer verkündete Un-
abhängigkeit der Stadt Triune nicht anerkennen. Die Re-
gierung hoffe ferner, daß bei der italienischen Regierung
der gute Wille besteht, die Verhandlungen über die Vertei-
lung der österreicherischen und ungarischen Handelsflotte
fortzusetzen und zu beenden.
Christiana, 21. Sept. „Aften Posten“ meldet aus
Haugesund, daß die Gründung einer großen internationalen
Heringkompagnie mit Aktionären in Deutschland, Oester-
reich, der Tschecho-Slowakei, England, Norwegen, Dänemark,
Schweden und Holland geplant werde. Das Hauptkapital
solle sich in Altona befinden. Das Aktienkapital werde sich
auf 10 bis 15 Millionen Mark belaufen. Man rechne da-
mit, daß das Unternehmen einen jährlichen Umsatz von
zirka 500 Millionen Mark haben werde.
Die Gerichte über bayerische Putschpläne.
München, 20. Sept. Da die sozialdemokratische Presse fort-
fährt, das in dieser Woche stattfindende Landesfestessen der
bayerischen Einwohnerwehr mit monarchistischen Putschab-
sichten in Verbindung zu bringen und eine solche Verbindung
der „Frank. Tagespost“ sogar von der offiziellen Korrespondenz
Doffmann ohne Kommentar weitergegeben wird, so habe ich an
den zuständigen Stellen Erklarungen eingeholt, was von
diesen hartnäckig wiederkehrenden Gerüchten zu halten ist. Von
der Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren erhalte
ich die Auskunft, daß ihr von derartigen Putschplänen nicht
das mindeste bekannt ist. Auch eine Teilnahme des früheren
Königs Ludwig an dem Landesfestessen sei nicht beabsichtigt,
geschweige denn, daß in Verbindung mit seiner Person oder
des ehemaligen Kronprinzen Anspruch an einen Militärputsch
gedacht werde. In dem gleichen Sinn äußerte sich auf direkte
Anfrage das Münchener Reichswehrkommando. Die Nachricht
der „Frank. Tagespost“ sei glatt aus den Fingern ge-
gangen.
München, 20. Sept. Die Blätter besprechen die Weidung
des „Vorwärts“ über eine geplante Ausruhmung des Prinzen
Anspruch als König von Bayern und über die Organisierung
einer monarchistischen Reichswehrtrümmerung als aufgewärmte
Tatzennachrichten und Gelsenberschrei.
Der Wahltermin für den Reichspräsidenten.
Berlin, 20. Sept. Wie der „Totalanzeiger“ erfahren ha-
ben will, werde zurzeit im Reichsabinett über den Termin der
Wahl des Reichspräsidenten verhandelt. Nach den bisherigen
Ergebnissen der Besprechung erweise es sich sehr fraglich, ob die
Wahl noch in diesem Jahr vorgenommen werde. Man sei
nämlich in den Kreisen der Regierung und innerhalb der Par-
teien der Meinung, daß erst die Abkündigung in Oberschlesien
beendet sein müsse. Die Frage, ob Reichspräsident Ebert wie-
der aufgestellt werde, sei bisher noch unentschieden.

15. August bis 1. September 1920 in dem gleichen Umfang ge-
wachsen wie in den ersten Augustwochen. Die Zunahme der
Erwerbslosen, die bereits in den ersten Augustwochen um etwa
1000 zurückgegangen war, hat weiterhin eine geringe Vermin-
derung erfahren, während die Zahl der männlichen Erwerbs-
losen im gleichen Berichtszeitraum um etwa 8000 zugenommen
hat. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der
männlichen Erwerbslosen im Monat September
312 506, der weiblichen Erwerbslosen 107 279, also insgesamt
419 785, gegenüber 411 565 am 15. August und 403 878 am 1. Au-
gust 1920. In den eigentlichen Erwerbslosen kommen 387 615
Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt
werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen ent-
spricht etwa dem Stande von Anfang Februar d. J.
Die polnischen Gewaltmaßnahmen.
Berlin, 20. Sept. Die polnische Regierung hat das ewan-
gelische Diakonissenhaus in Polen als ein von Deutschen ge-
leitetes Unternehmen unter Liquidation zu stellen beschloffen.
Das evangelische Diakonissenhaus ist in musterzüglicher Weise
mit allen modernen therapeutischen Einrichtungen ausgestattet.
Von Anfang an wurde das Krankenhaus allen Leidenden ohne
Unterschied der Konfession und der Nationalität zur Verfü-
gung gestellt. Der vorstehende Beschluß der polnischen Re-
gierung stellt einen schweren Eingriff in die durch das Kinder-
heitsabkommen gewährleistete Freiheit der Religionsausübung
der deutschen Evangelischen Polens dar.
Schöppingen, 21. Sept. Am 5. September waren einem
Schichtmeisterrassistenten der Gieschegrube etwa 120 000 Mark
Lohnungsgelder von etwa acht bis zehn bewaffneten Banditen
auf der Landstraße Gieschewald—Rydolowitz geraubt worden.
Gestern Vormittag gelang es hier, sechs an dem Raub beteiligte
Personen und einige der Haupttäufelöhler bei den Augusttra-
wallen festzunehmen.
Der Völkerverbund, Italien und Deutschland.
Berlin, 20. Sept. Aus Basel wird gemeldet: Telegramme
des „Secolo“ und des „Corriere della Sera“ aus Rom be-
stätigen heute, daß Italien den offiziellen Antrag an den Völ-
kerbund gestellt hat, die Bedingungen für den Eintritt Deutsch-
lands in den Völkerverbund festzusetzen und den beiden Staaten
bekanntzugeben.
Zur französischen Präsidentschaftsfrage.
Paris, 21. Sept. Millerand hat gestern Nachmittags dem
Präsidenten der Republik in Rambouillet einen Besuch abge-
kattet. Nach seiner Rückkehr hat er den Text der Abwan-
dungsbotschaft des Präsidenten des Senats und der Kammer
zugeschickt lassen. — Der französische Präsident Desdanel
mußte wegen Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes
unter Bewachung gestellt werden. — Millerand hat, dem
Wunsch der Nation nachgebend, sich entschlossen, die Kandidatur
für die Präsidentschaft anzunehmen.
Berlin, 21. Sept. Das Berliner Tageblatt schreibt, man
könne ruhig annehmen, daß Millerand wirklich nicht den
Wunsch gehabt habe, ins Elisee einzuziehen. Seine Wahl
wurde sehr populär sein und als Bürgschaft gegen uner-
wünschte politische Schwankungen gelten. — Die „Germania“
sagt, Millerand werde seinen Entschluß nicht gefast haben,
ohne sich vorher genügende Bürgschaften für die Weiterführung
der französischen Politik in seinem Geist zu verschaffen.
Keine Hoffnung auf Deutsch-Südwesafrika.
London, 20. Sept. Die „Times“ meldet, daß die deutschen
Kolonialisten im vormaligen Deutsch-Südwesafrika dem General
Smuts, der sich auf einer Inspektionsreise in Südafrika in
Windbuk befand, ein Memorandum überreichten, in dem sie er-
klärten eine Verwaltung Deutsch-Südwesafrikas als Teil der
Südafrikanischen Union würde eine Verletzung des Friedens-
vertrages bedeuten und den einmütigen Wünschen der Ein-
wohnerwehr widersprechen, die nicht in die Massenpolitik der
Union hineingezogen zu werden wünschten. Das Memorandum
fordert das Fortbestehen der deutschen Einrichtungen, die
Zulassung deutscher Kultur, die Rückkehr nach Südafrika der
unter Kriegsgewalt ausgewiesenen Deutschen, die Erleichterung
eines deutschen Konsulats, das Deutsche als Amtssprache und
die Beibehaltung des bürgerlichen Gesetzbuches, da die Einföhr-
ung des in Südafrika geltenden römisch-bolländischen Rechts
einen Rückschritt um Jahrhunderte bedeuten würde. In seiner
Antwort auf das Memorandum erklärte General Smuts, die
Deutschen sollten es für immer aufgeben, um Unterstützung
und Hilfe nach Deutschland anzusuchen und müßten einsehen,
daß ihr Schicksal von nun an unauflöslich mit dem der Union
verknüpft sei.

Neue Bestellungen
auf den täglich erscheinenden „Enztaler“ werden fort-
während von allen Postanstalten und unseren Austrägern
genügendgenommen.
Möstereigeräte-Verkauf.
1 Obstpresse mit rundem Preßkorb 730x600 mm
und Eisenbiet saßt ca. 6 Ztr. Mt. 1780.—
1 schmiediserne Traversenpresse mit 4edigem
eigenem Kasten, saßt ca. 4 1/2 — 5 Ztr. Mt. 2775.—
1 desgleichen ca. 4—4 1/2 Ztr. saßend Mt. 2680.—
Sämtliche Pressen mit einfacher und doppelwirkender
Lieberhebung, in tadellosem Stand.
Anfragen sind zu richten an
Georg Wadenhuth, Calw,
Telefon 142.
Säcke-Verkauf.
Neue Jute-Säcke, prima Ware für Getreide und Mehl
ohne Namen oder Stempel, extra angefertigt, 1 1/2 Zentner
saßend à St. 13.— Mt., 2 Ztr. saßend à St. 16.— Mt.,
Textilsäcke 1 1/2 Zentner à St. 11.— Mt. Jedes Quantum
lieferbar. Versand nicht unter 5 St. (Madrn.)
Otto Hiller, Stuttgart, Gutenbergstr. 91,
Telephon 9863.
Verkaufe eine
Bijouterie-Einrichtung
bestehend aus einem 5sigen Werkbrett, ein Beacht-Löt-
apparat, eine Bohrmaschine, eine Poliermaschine, sowie
sonstige Goldschmiedswerkzeuge.
Angebot sind zu richten unter Nr. 500 an die Geschäfts-
stelle des Enztaler.

